

DR. ALFRED MIGSCH
ABGEORDNETER ZUM NATIONALRAT
BUNDESMINISTER A. D.

Wien, am 16. Juli 1959

Herrn

Bundespräsident
Dr. Adolf S c h ä r f zu eig.Hd.

WIEN VIII.,
Skodagasse 1

Lieber Freund!

In der Beilage habe ich die Berichte über die Vorgänge in der OeVP seit dem Wahltag zusammengefasst. Berichte aus einer zweiten Quelle, die sich nicht bestätigten, habe ich bei dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

Mit den besten Grüßen
Dein

1 Beilage

NR Dr. Alfred MIGSCH

Kurzbericht über die interne Lage in der OeVP

Ing. Raab hat seine Herrschaft über die OeVP beinahe zur Gänze verloren. Da sich aber die Opposition in zahlreiche kleine Zirkel, die gegeneinander intrigieren, zersplittert, ist die OeVP nicht in der Lage, Raab derzeit zu ersetzen. Allen Gruppen und Gruppen ist aber die Auffassung gemeinsam, dass die Kanzlerschaft Raabs nur von kurzer Dauer zu sein habe (ein halbes bis ein Jahr). Ob es Raab gelingen wird, in diesem Zeitraum an Boden zu gewinnen, muss abgewartet werden. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Dr. Bock, der während der Raab-Krise durch sein Eintreten für Raab und gegen Dr. Kamitz völlig unten durch war, seine Position in der OeVP bedeutend verstärken konnte, während auf der anderen Seite das Ansehen Dr. Kamitz' in den letzten Wochen gesunken ist.

Neben der Opposition in der Wiener Landesorganisation, der Scharfmachergruppe in Niederösterreich, den Ressentimentleuten (Männer, die Raab ausgebootet oder zurückgedrängt hat) und der kleinen Landeshauptmännergruppe um Krainer-Dr. Klaus ist die entscheidende oppositionelle Kraft nach wie vor bei der Industriellenvereinigung gelegen. In den letzten Tagen ist Mautner Markhof über Betreiben seines Schwiegersohnes Dr. Igler eindeutig in das Lager der Raab-Gegner abgeschwommen. Die Herstellung des Gleichgewichts (Proporz) bei den verstaatlichten Banken, der Tabakregie, dem Rundfunk und in der verstaatlichten Industrie sowie deren Rückgabe in sozialistische Verwaltung hat wie ein Schock gewirkt. Die IBV soll einen Verlust von 10-12 Millionen Schilling, die von

ihr verwaltete verstaatlichte Industrie einen Gesamtabgang von 150 Millionen Schilling aufweisen. Man fürchtet, dass diese Dinge nunmehr publik werden. Von einer Gruppe der Industriellen wird insbesondere der frühere Aussenminister Dr. Gruber gefördert. Er ist vor vierzehn Tagen hochaktiv geworden und hat eine kleine Gruppe um sich gesammelt, der Scheidl und Figl angehören. Von ihm erwartet man, dass er mit Hilfe des Kärntner Grossgrundbesitzers Maresch, der die Verwaltung jener Gelder übernommen hat, die der FPÖ zukommen sollen, in kürzester Frist eine Koalition ÖVP-FPÖ zusammenbringt.

Der Chefideologe der schwedischen Schwerindustrie, Professor Fredborg, der sich schon einige Wochen in Oesterreich aufhält und an den Beratungen der politischen Zirkel der Industriellenvereinigung aktiv teilgenommen hat, hat ein politisches Konzept wie folgt entwickelt:

"Die Fortsetzung der Koalition mit den Sozialisten in Oesterreich ist ein Unding. Solche Koalitionen waren nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit nötig. In allen anderen Ländern hat man sie beseitigt und bürgerliche Regimes wiederhergestellt. Nach einem von ihm in Grossbetrieben organisierten Test sind die Arbeiter gewerkschaftsmüde. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte sind dadurch gezwungen, dauernd neue Forderungen zu stellen, um die Leute noch einigermaßen zusammenzuhalten. Diese Forderungen widersprechen im Hinblick auf die allgemeine weltwirtschaftliche Lage und Entwicklung den wirtschaftlichen Realitäten, sie werden sich daher zumeist als unerfüllbar erweisen und Gegensätze herbeiführen

zwischen den Arbeitern und ihren Betriebsräten, zwischen den Betriebsräten und den Fachgewerkschaften, zwischen den Fachgewerkschaften und dem Gewerkschaftsbund, zwischen dem Gewerkschaftsbund und der SPOe, die ja ihre alte Taktik, Forderungen an den Koalitionspartner zu stellen, ihn aber für die finanzielle Deckung verantwortlich zu machen, nicht mehr fortsetzen kann.

Eine zielbewusste Politik müsste diese gegensätzlichen Tendenzen geschickt fördern und dadurch eine politische Schwächung des Gewerkschaftsbundes und der SPOe herbeiführen. Es wäre auch zu überlegen, ob die nichtsozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte nicht in einem eigenen, vom Gewerkschaftsbund unabhängigen Verband zusammenzufassen seien. Das gleiche gilt auch für den Arbeiter- und Angestelltenbund. Man dürfe ferner nicht übersehen, dass weite bürgerliche Kreise, die durch den new look der SPOe für diese anfällig geworden sind, durch die unrealisierbaren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen zusammenschweisst werden könnten. Dadurch würde eine Situation geschaffen werden, die eine Bürgerblock-Regierung OeVP-FPOe ermöglichen könnte."

Die Mehrheit der Industriellenvereinigung ist gegen Dr. Maleta, gegen Weinberger und gegen den Landeshauptmann Krainer.